

Tagebuch

Liebe Leserinnen und Leser,
Angela Richter ist Theaterregisseurin. Und Aktivistin; Anfang Mai hat sie in Berlin mit Jacob Appelbaum, Ai Weiwei und Vertretern von Diem25 für die Freilassung von Julian Assange demonstriert. Theaterarbeit und Engagement sind bei Richter eng verknüpft. Assange und Edward Snowden lernte sie bei Recherchen zu ihrem Stück *Superherds* kennen. Für den *Freitag* hat sie Assange im Januar in der ecuadorianischen Botschaft in London besucht, wohl wissend, dass es das letzte Mal sein würde.

Ende April nun ist sie zu Edward Snowden nach Moskau gereist. Sie haben darüber gesprochen, dass mit der Wahl Donald Trumps seine schlimmste Befürchtung wahr geworden ist: Die mächtigen Überwachungswerkzeuge sind in die falschen Hände gelangt. Und sie sind auf eine frappierende Parallele zwischen dem Theater und den sozialen Netzwerken gestoßen: Negative Emotionen lassen sich sehr viel leichter herstellen als erkenntnisfördernde (S. 15).
Ihre Christine Käppler

PS: In die letzte Ausgabe, S. 9, hat sich durch das Korrekturteam ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen: Nicht der „Chauvinismus“ steht in Venezuela unter Beschuss, sondern der Chavismus.

Wochenthema

Weniger Europa! S. 6/7

Zurück zum Nationalstaat? Ja, in der Wirtschafts- und Finanzpolitik – für EU und Demokratie wäre das hilfreich

Politik

Garten-Serie S. 5

Wegwerfpflanzen, Greenwashing, Gift: Gartencenter sind fest im Griff der „fast horticulture“. Es gibt einen Ausweg
Erwin Meier-Honegger

Großbritannien S. 8

Die neue Brexit-Partei um Nigel Farage könnte die Tories und Labour bei den Europawahlen schlagen
Michael Krätke

Gender S. 11

In Polens Wahlkampf spielt LGBTQ eine zentrale Rolle. Der Widerstand gegen anti-queere Hetze wird stärker
Lena von Holt

Kultur

58. Biennale S. 13

Der Deutsche Pavillon in Venedig hat sich in ein „Ankerzentrum“ verwandelt. Ihn regieren Duldung und Schweigen
Sarah Alberti

Whistleblowing S. 15

Zu Besuch bei Edward Snowden in Moskau, ein Bericht von eingetretenen Befürchtungen
Angela Richter

Finale S. 18

Fans von „Game of Thrones“ fiebern in Echtzeit mit – wie ein Schwanengesang auf alte analoge Fernsehen
Barbara Schweizerhof

Gartentiere S. 20

Frösche, Singvögel, Biber: Wie lassen sich Tiere sortieren? Kinder gehen da anders vor als Michel Foucault
Jakob Augstein

Alltag

Die Helikoptermutter S. 25

Wenn alle Zeter und Mordio schreien, tut Abstand von der Familie not, rettet eine stille Wanderung durch Apulien
Katharina Schmitz

Porträt S. 26/27

Reproduktion ist Arbeit: Marx sah das zwar anders, aber für Svenja Flaßpöhler und Florian Werner ist das die Realität
Maxi Leinkauf

A-Z Wunschtrainer S. 28

Wer ist bloß der Eine, der Richtige?

Impressum S. 20

Grindels Gegenteil

Ute Groth will Präsidentin des Deutschen Fußball-Bundes werden und dessen Business-Charakter in Frage stellen

■ Mara Pfeiffer

Für Ute Groth muss es sich ein wenig anfühlen, als absolviere sie aktuell die Probezeit in dem Job, für den sie sich beworben hat: Die 60-Jährige hat ihren Hut für die Präsidentschaft des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) in den Ring geworfen. Die mediale Aufmerksamkeit seitdem ist enorm, was daran liegen dürfte, dass Groth nichts mit dem Typus gemein zu haben scheint, der bisherige DFB-Bosse kennzeichnete; zuletzt war der CDU-Politiker Reinhard Grindel als Präsident zurückgetreten, weil er sich von einem ukrainischen Oligarchen eine teure Uhr hatte schenken lassen.

Auf die Frage, ob sie sich schon Gedanken darüber mache, wie dieser Job ihr Leben verändern würde, antwortet Groth pragmatisch: „Jeder Schritt in eine neue Richtung bringt Veränderungen. So weit gehen meine Überlegungen bisher noch nicht. Aber ich habe schon festgestellt, dass es eine gute Bahnverbindung von Düsseldorf nach Frankfurt gibt.“

In Frankfurt am Main steht die Zentrale des DFB. Düsseldorf, das ist Groths Heimat, ihre Wurzeln aber liegen in Schleswig-Holstein, im bauerlichen Dithmarschen. „Zupackend, ruhig, erdverbunden, wortkarg“, so beschreibt sie die Menschen dort, deren Charakter „im krassen Gegensatz zu den Rheinländern“ stehe. Dieser Hintergrund hat Groth geprägt – und es ist genau dieses so selbstverständliche Zupacken, welches nun hinter ihrer Bewerbung zur ersten Präsidentin des DFB steckt.

Auf ihr Geschlecht möchte Groth diese Ambitionen nicht reduziert wissen. Vielmehr geht es ihr darum, den Bewerberkreis über „die üblichen Verdächtigen“ hinaus zu denken. Bisher gelten Ex-Profis und Funktionäre aus der zweiten Reihe als Kandidaten für den Job. Das Präsidentenamt sieht sie als Vorbild für die 25.000 Mitgliedsvereine mit mehr als sieben Millionen Mitgliedern und kritisiert: „Das öffentliche Bild des DFB ist schlecht, die gute Arbeit der Regional- und Landesverbände verschwindet dahinter.“ Dagegen vorzugehen, das wäre ihr Anliegen, würde sie die Wahl im September gewinnen. „Mit einer Aufklärung über die Strukturen, Entscheidungswege und den Geldfluss muss transparent und nachvollziehbar werden, was im DFB passiert.“

Zum Fußball ist die zweifache Mutter über ihren Sohn gekommen. Als Jugendliche noch konnte sie dem Sport nichts abgewinnen: „Die interessanten Jungs haben lieber Fußball



FOTO: PRIVAT

gespielt, als sich mit den Mädchen zu verabreden.“ Ihr Mann arbeitet als Trainer bei Groths heutigem Verein, dem DJK TuSa 06 Düsseldorf, der Sohn kicke ab dem Bambini-Alter dort. Ende der Neunziger begleiteten Groth und ihre Tochter ihren Mann und Sohn zum Jugendaustausch des Vereins mit „Four Oaks“ in Sutton Coldfield bei Birmingham in England.

Ihr erster Eindruck? „Lauter lärmende jugendliche Fußballspieler.“ Doch während der Reise wird ihr klar, „dass Fußball auch Sozialarbeit ist“. In der Folgezeit organisiert sie den jährlichen Austausch mit, absolviert die Ausbildung zur Kinder- und Jugendtrainerin Fußball und arbeitet bei der Vereinszeitung. Als der Vorsitzende 2007 seinen Rückzug ankündigt, kandidiert sie bei der Jahreshauptversammlung für das Amt – und wird gewählt.

„Das war für alle ein bisschen überraschend“, sagt Groth heute. Denn ein Wechsel in der Vereinsführung war zuvor bereits einmal gescheitert, der damals gerade noch ehe-

Als Jugendliche konnte sie Fußball nichts abgewinnen, die interessanten Jungs kicken ja lieber, als sich zu verabreden. Heute aber weiß Groth: Fußball ist Sozialarbeit – und politisch

malige Vorsitzende wieder eingesprungen. Der habe nun aber schnell gemerkt, „dass ich unaufgeregt, ruhig und zupackend die richtigen Kontakte und Netzwerke knüpfe und den Verein weiter auf einem guten Weg halte“.

Sport spielte immer eine Rolle im Leben von Ute Groth, obschon ihr Weg in den Fußball nicht absehbar war. Als Schülern war sie aktive Ruderin, als Erwachsene kam die Leidenschaft fürs Radfahren hinzu. Die längste Tour führte sie von Düsseldorf mit Rad und Campingausrüstung bis nach Bozen. Als Aktive betreibt sie Gymnastik und hält sich mittlerweile im Fitnessstudio mit Kraft- und Ausdauertraining fit.

Dieser Tage muss sie immer wieder die Frage beantworten, ob es ihr auch ernst sei mit der Bewerbung – als ob sie sich der Folgen ihres Handelns nicht bewusst wäre. Doch wer so denkt, unterschätzt die Frau, die privat Fan der Düsseldorfer Fortuna ist, gewaltig. Groths Sehnsucht nach einem Wandel im Business Profifußball ist echt – und sie ist überzeugt: „Wenn sich genügend Menschen von der Basis äußern, gibt es eine reelle Chance für einen Wechsel an der Spitze des Verbandes.“ Von der Spitze könnte der Verband dann endlich auch den inneren Wandel vorantreiben, zu dem für die Bauzeichnerin eine Stärkung des Amateursports als der Basis des Fußballs ebenso gehört wie „deutliche, unmissverständliche Zeichen gegen Rassismus und für Gleichberechtigung“, wobei zu Letzterem auch die Rolle des Frauenfußballs zählt. „Fußball ist politisch“, daran lässt sie, die aktuell als Vereinsvorsitzende Verantwortung für rund 1.300 Mitglieder trägt, keinen Zweifel aufkommen.

Der TuSa 06, dem Groth vorsteht, gehört zum katholischen Sportverband in Deutschland, unter dessen Dach rund 500.000 Mitglieder in 1.100 Vereinen zusammenkommen. Die Spitze des Verbandes unterstützt ihre Bewerbung nachdrücklich; Groth selbst erklärt, Werte wie Gemeinnützigkeit, die zu jedem Verein gehörten, würden beim DJK noch besonders herausgearbeitet. Es sind eben diese Werte, die sie in eine mögliche Verantwortung beim DFB tragen möchte, denn: „Wichtig ist, dass wir alle, die wir miteinander zu tun haben, ehrlich, fair und respektvoll miteinander umgehen und unsere gemeinsame Idee voranbringen.“

Mara Pfeiffer arbeitet als freie Journalistin, bloggt und tritt als Experte in TV und Podcasts auf. Sie hat vier Bücher veröffentlicht, zuletzt den Mainz-05-Krimi *Im Schatten der Arena*

Wolfgang Michal nennt drei Randbedingungen für grün-rot-rote Träume

Linke als Krisengewinnler?

Kaum hatten willfährige Zeitungen die Fake News von den angeblich „sinkenden Steuereinnahmen“ unters Volk gebracht, schrillten die Alarmsirenen der Neoliberalen: Deutschland sei drauf und dran, in die dritte Liga abzustiegen, den Anschluss zu verlieren, seine Zukunft zu verspielen. Um dem drohenden Niedergang zu entgehen, müsse das Land seine selbstzufriedene „Behäbigkeit“ ablegen und durch harte politische Entscheidungen für mehr Leistung, mehr Innovation und mehr Tempo sorgen. „Soziale Wohltaten“ wie die Grundrente seien in einer nationalen Gefahrensituation wie der gegenwärtigen die absolut falsche Antwort auf die sich verschärfenden Wettbewerbsbedingungen. Wer mit den aggressiven und rücksichtslosen Globalstrategen aus Asien und Amerika mithalten wolle, müsse jetzt Tacheles reden und die Starken – wie VW, Bayer, Deutsche Bank – stärken, anstatt sie mutwillig zu schwächen. Die von CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier angeregte „nationale Industriestrategie 2030“ will dafür den Boden bereiten.

Peter Altmaiers Strategiepapier propagiert ganz offen Staatseingriffe in die Wirtschaft.

Das liest sich stellenweise, als hätte Kevin Kühnert ein paar alte Stamokap-Thesen der Jusos neu aufgelegt. Der Staat, so Altmaier, müsse wie in den USA und China die Erforschung und Entwicklung der Basistechnologien in die Hand nehmen und lenken, damit die bislang unkoordiniert vor sich hin wurstelnden deutschen Mittelständler und Großbetriebe endlich im Gleichschritt marschieren, nämlich in die Zukunft, wo künstliche Intelligenz, Biotechnologie und neuartige Werkstoffe Wertschöpfung und Wohlstand sichern. Mit anderen Worten: Der alt und grau gewordene Neoliberalismus legt momentan sein Marktwirtschaftsmantelchen ab und tritt in die Phase der „Weltpolitik“ ein, in der staatliche und wirtschaftliche Interessen so innig verschmelzen wie in der Hochblüte des Imperialismus am Ende des 19. Jahrhunderts.

Die Parteien links der Mitte stehen dadurch vor einer veränderten Situation. Da sich die Spannungen in der GroKo unter dem Druck der verschärften Weltmarktkonkurrenz zuspitzen werden und die Gegensätze von Grünen und Wirtschaftsliberalen immer deutlicher zutage treten – Turbokapitalismus und Ökologie lassen sich

eben doch nicht versöhnen –, könnte ein Kooperationsmodell wieder auf die Tagesordnung kommen, das schon als abgehakt galt. Rot-Rot-Grün (R2G) wäre in der Variante Grün-Rot-Rot eine brauchbare Alternative, wenn drei Randbedingungen erfüllt wären: 1. Der rechte Flügel der SPD darf sich von Altmaiers konzertierter Aktion – der Staat als ideeller Gesamtkapitalist – nicht zu sehr beeindrucken lassen. 2. Der rechte Flügel der Grünen muss seine schwarz-grünen Hoffnungen als illusionär erkennen. 3. Der linke Flügel der Linkspartei muss erst mal stillhalten.

Doch auch wenn diese Randbedingungen erfüllt wären, ist die Chance, bald regieren zu können, nicht allzu groß: Nur ein Viertel der Wahlberechtigten wünscht sich derzeit eine solche Koalition. Jüngste Meldungen über eine angebliche „Umfragemehrheit für Grün-Rot-Rot“ sind ebenso Fake News wie die Meldungen über angeblich „sinkende Steuereinnahmen“. „Alle staatlichen Ebenen“, so die Steuerschätzer, „können bis zum Jahr 2023 mit steigenden Steuereinnahmen rechnen.“ Und alle seriösen Umfragen sehen Jamaika, Schwarz-Grün oder Schwarz-Rot weiter vor R2G.

Lutz Herden sieht Macron auf dem Anti-Weber-Trip

Mut zur Gegenmacht

Rache ist süß und oft vergeblich. In diesem Fall wohl auch. Emmanuel Macron denkt an die liberale Machtoption im nächsten EU-Parlament. Eine Fraktion aus seiner Renaissance-Liste, der FDP, Ciudadanos aus Spanien, zwei Parteien aus den Niederlanden, Momentum aus Ungarn, den österreichischen Neos und vermutlich auch Italiens Partito Democratico soll die Mitte besetzen und anderen bestreiten. Zuerst der konservativen EVP, die nach dem 26. Mai womöglich unter Hegemonie-Entzug fällt, wenn sie – an Mandaten ärmer – vom Mehrheitsführer ins Fach des Mehrheitssuchers wechselt. Und mit Macrons liberaler Allianz auskommen müsste?

Der könnte sich bei dieser Gelegenheit dafür revanchieren, wie ignorant besonders von deutscher Seite mit seinen Reformideen für EU und Eurozone über einen europaparlamentarischen Kanal erneut zu platzieren, wäre denkbar. Erst recht manches Junktim des Kalibers Personal- gegen Sachentscheidung. Auch kann es bei der zu erwartenden Präsenz geltungswilliger Rechtsnationaler der Parlamentskultur in Brüssel und Straßburg nur zuträglich

sein, wird denen die Diskurs- und Konfrontationshoheit entzogen. Stattdessen könnten Konservative, Liberale, Sozialdemokraten, Grüne und Linke durch alternative Streitkultur überzeugen, die von Konkurrenz statt Konsens zehrt. Dafür wäre eine gestutzte EVP nicht die schlechteste Bedingung.

Doch meint Marcons Fraktion der Mitte allein den EU-Parlamentsbetrieb? Gilt sie nicht ebenso einer deutschen Dominanz in Europa, die mit einem Kommissionschef Manfred Weber (CSU) den nächsten Pflock zu setzen gedenkt? Für die Franzosen offenkundig eine Zumutung, gegen die sie aufbegehren wie den von Kanzlerin Merkel hofierten Automatismus: Spitzenkandidat gleich designierte Kommissionsspitze.

Warum eigentlich vor der EU-Wahl wie paralysiert nur über mögliche Machtvakanz nachdenken, die sich aus Zugewinnen der Rechtsaußen-Parteien ergeben? Deren Vormarsch hätte schließlich einiges damit zu tun, dass in der EU zu wenig EU-konforme Gegenmacht entwickelt wird, um etablierte Machtverhältnisse zu erschüttern. Sollte Macron das ernsthaft vorhaben, wird er freilich sehr viel mehr Alliierte brauchen als Liberale mit EU-Affinität.